

Vorlage-Nr.: **2477-2008/DaDi** vom 20.11.2008

Aktenzeichen: 031-008

Fachbereich: I/1 - Büro Landrat

Beteiligungen:

Kostenstelle: **101001 Behördenleitung**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Kreisausschuss	N	Zur Kenntnisnahme
2.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Gesetz zur verbesserten Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen**

Landrat Jakoubek gibt das Schreiben des Hessischen Landkreistages (718/2008) zur Kenntnis. Danach hat das Bundesministerium der Finanzen einen Referentenentwurf zu einem Gesetz zur verbesserten Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen veröffentlicht. Dem Gesetzentwurf zufolge müssten die Kommunen ab 2010 mit unmittelbaren Mindereinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer von rund 1,2 Mrd. € rechnen. Weitere, mittelbare Mindereinnahmen sind in einer Größenordnung von 700 bis 800 Mio. € über den kommunalen Finanzausgleich zu erwarten.

Anlage:

Schreiben des Hessischen Landkreistages, 718/2008